

## EU im Dilemma: Wie Trump die Ukraine-Krise neu entfacht!

Die österreichische Politik steht geschlossen hinter der Ukraine. Während Trump mit Russland verhandeln will, fordert die EU eine friedliche Lösung.



**Kiew, Ukraine** - Die österreichische Politik positioniert sich klar hinter der Ukraine im Kontext des anhaltenden Konflikts mit Russland. Interimskanzler und Außenminister Alexander Schallenberg (ÖVP) erklärte auf X, dass „Russland der Aggressor ist, und wir teilen die Verpflichtung der Ukraine für einen umfassenden, gerechten und dauerhaften Frieden.“ Dies bekräftigt die Unterstützung der Regierung für die Ukraine, während die designierte Nachfolgerin Beate Meinl-Reisinger (NEOS) ebenfalls erklärte, dass Europa jetzt zusammenrücken und gemeinsam handeln müsse, um für einen gerechten Frieden zu sorgen. Auch Werner Kogler, Bundessprecher der Grünen, kritisierte die Rolle von Donald Trump, der eine Täter-Opfer-Umkehr in der Diskussion über den Konflikt betreibe, wie **OE24**

## berichtete.

Die Situation wird durch Trumps jüngste Ankündigung, persönlich mit Putin über die Ukraine zu verhandeln, zusätzlich kompliziert. Laut einem Bericht der **NZZ** könnte Trump militärischen Schutz für ukrainische Bodenschätze anbieten und die Verantwortung für den Schutz des restlichen ukrainischen Territoriums auf Europa verlagern. Dies stellt nicht nur die bisherigen Grundsätze für die Unterstützung der Ukraine infrage, sondern könnte auch Europa in eine gefährliche Lage bringen, sollte Russland eine aggressive Haltung gegenüber den EU-Truppen einnehmen. Sollte es zu einem solchen Konflikt kommen, könnte die NATO nicht wie gewohnt eingreifen, da die Beistandspflicht nur für Angriffe auf eigenes Territorium gilt.

Die geopolitischen Auswirkungen sind enorm. Trumps Plan, europäische Truppen zur Sicherung eines Waffenstillstands zu nutzen, wird von vielen in der EU als unannehmbar angesehen. Kritiker warnen, dass es an der Zeit sei, eine alternative Friedenslösung zu erarbeiten, die die Prinzipien von Völkerrecht und Demokratie respektiert. Die Vorschläge, wonach in den von Russland besetzten Gebieten Volksabstimmungen abgehalten werden sollen, um möglicherweise einen neuen Staat zu gründen, zeigen das Fehlen von klaren Optionen und den Druck auf die EU, aktiv an Verhandlungslösungen zu arbeiten.

Details	
<b>Vorfall</b>	Sonstiges
<b>Ort</b>	Kiew, Ukraine
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.oe24.at">www.oe24.at</a></li><li>• <a href="http://www.nzz.ch">www.nzz.ch</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](http://die-nachrichten.at)**